

12. JAN. 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0846890

F/XIV/7 - 9. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|---|----|
| 1 - 2 | Deichstosslegende?
Von Gustav W. Heinemann, MdB.
Innenminister a.D. | 53 |
| 2a | <u>Zur Diskussion über die
Überwindung der Berlin-Hilfe:</u>
Internationale Kommission für Westberlin?
Von Gustav Klingelhöfer, Stadtrat a.D., Berlin | 45 |
| 3 | Frankreichs Regierung ohne Sozialisten
Heftige Opposition gegen de Gaulles
Sozial- und Wirtschaftspolitik
Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris | 53 |
| 4 - 5 | Schatten der Vergangenheit
Regierungskrise an der Saar | 58 |
| 6 - 7 | Kann endlich Reform der Fernsehgebühr?
Langst fällige Gebührenermäßigung | 59 |

* * *
* * *

Dolchstoßlegende ?

Von Gustav W. Heinemann, MdB
Innenminister a.D.

Im Lager der Bonner Regierungskoalition will man nicht gern daran erinnert sein, in welcher schändlicher Weise der sowjetische Vorschlag eines gesamtdeutschen Friedensvertrages vom März 1952 als "belanglos" in den Wind geschlagen und durch die Parole "Z u - e r s t freie Wahlen!" überspielt worden ist. Die Erinnerung an die damalige Versäumnis ist den Verantwortlichen umso peinlicher, als sie heute unter schlechteren Bedingungen nach eben den Verhandlungen rufen, denen man damals geflissentlich aus dem Wege ging. Man versucht, die Erinnerung an 1952 als "Dolchstoßlegende" abzutun, so zum Beispiel die "Deutsche Zeitung" vom 7. Januar 1959, mit der Behauptung, der sowjetische Vorschlag von 1952 habe auf einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung abgezielt, welche nicht aus freien Wahlen hervorgehen, sondern von den vier Besatzungsmächten ernannt werden sollte. Wahr ist das Gegenteil!

Die Sowjetnote vom 10. März 1952 spricht von einer "gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung". Vier Tage später erklärte Grotewohl: "Freie Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung sind der kürzeste Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Entwürfe von Wahlgesetzen zur Durchführung gesamtdeutscher demokratischer Wahlen sind bereits vorhanden".

Die Sowjetunion nahm ihrerseits am 9. April 1952 den Vorschlag gesamtdeutscher Wahlen auf und erklärte sich im weiteren Verlauf des damaligen Notenwechsels auch mit ihrer Kontrolle einverstanden.

Nicht die Wahlen als solche waren der Kern des damaligen Streites, sondern die Bedingung der Sowjetunion, daß ein wieder-

Zur Diskussion über die Überwindung
der Berlin-Hilfe:

Internationale Kommission für Westberlin?

Von Gustav Klingelhöfer, Stadtrat a.D., Berlin

Ob Nikojans Kompromissanregung bestätigt wird oder nicht, daß die Westmächte in Berlin bleiben dürfen und eine internationale Kommission den freien Zugang für Berlin gewährleisten könnte: diese Anregung klingt für Diplomaten sehr verlockend und bedarf einer sofortigen Prüfung.

Der Vorschlag könnte für Diplomaten verlockend sein, weil er zwei für die Westmächte neurotische Punkte aus dem Berlinkonflikt herauszuheben und auf den ersten Blick zu lösen scheint. Erstens könnten Truppen der Westmächte auch dann in Westberlin bleiben, wenn die Sowjets ihrerseits Ostberlin räumen. Zweitens würde für den Fall von Störungen des Verkehrs mit ihren westberliner Truppen weder ein Durchbruch noch die (kleine) Luftbrücke zu erwägen sein, weil die internationale Kommission den freien Zugang gewährleistet.

Es mag offenbleiben, wie die Westmächte diese "Gewährleistung" des freien Zugangs einschätzen werden. Jedenfalls ergäbe sich folgendes: Käme es trotz der Kommission zu Verkehrsstörungen, so hätte statt der Westmächte die Kommission bei den Sowjets Beschwerde zu führen. Die Sowjets müßten und würden die Beschwerde an die DDR weitergeben, weil die DDR der betroffene souveräne Staat wäre und Souveränität nicht teilbar ist. Der Verhandlungspartner der Kommission wäre die DDR-Regierung in Pankow. Auf dem Weg über die Kommission würde nun nicht nur die DDR von den Westmächten als souveräner Staat anerkannt werden; die Position der Westmächte in Berlin würde nur noch Dekorationswert haben, weil ihre vertraglich so wohl begründete Anwesenheit in Berlin als der deutschen Hauptstadt herabgewürdigt würde zu dem Recht, wie in einer x-beliebigen Stadt nun in Westberlin eine "Garnison" unterhalten zu dürfen.

Niemand soll sich beleidigt fühlen, wenn man das Sumpfland nennt, auch kein Diplomat, der darauf hereinfiel. Nikojan hält nämlich an der Übertragung der sowjetischen Rechte als Besatzungsmacht an die "souveräne" DDR unverändert fest und ebenso an den Vorschlag "Freie Stadt Westberlin". Die Westmächte würden statt Hoheitsfunktionen mit Truppen nur noch Garnisonen in der Freistadt Westberlin unterhalten. Und an dem Vertragsbruch der Sowjets wäre nichts geändert; er wäre nur diplomatisch milder gemacht und besser getarnt.

Unverändert vernichtend aber wären die Folgen für Westberlin selbst. Der freie Zugang nach und von Westberlin würde von der internationalen Kommission nämlich nur für die westlichen Garnisonen "gewährleistet" sein. Das deutsche Westberlin würde die von den Sowjets geplante Freistadt werden, deren Lieferungen und Bezüge allein der Kontrolle durch die DDR unterliegen würden, mit der bekannten unvermeidlichen Folge, daß Westberlin währungspolitisch und wirtschaftlich dem Ostblock anheimfallen müßte. Dagegen wäre erst recht kein Kraut mehr gewachsen, wenn die Westmächte in Berlin nur noch Garnisonen hätten, nicht aber noch vertraglich gewährleistete Hoheitsrechte, die sie auch der Hauptstadt Berlin und Deutschland verpflichten.

Frankreichs Regierung ohne Sozialisten

Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris

Die sozialistischen Mitglieder der Regierung de Gaulle, der Generalsekretär der Partei, Guy Mollet, und der Postminister Eugen Thomas, sind nun aus der Regierung ausgetreten, um gegen die anti-soziale Wirtschaftspolitik zu protestieren, durch welche das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung radikal gesenkt wird. Nur der Sahara-Minister Max Lejeune, der zum äußersten rechten Flügel der SFIO gehört, ist auch unter den gegebenen Umständen in der Regierung de Gaulle geblieben, die am folgenden Tage zurücktrat, um der neuen gaullistischen Regierung Platz zu machen. Die Sozialistische Partei ist in dieser neuen Regierung nicht mehr vertreten.

Schon einmal, im April 1958, hatte der sozialistische Parteivorstand beschlossen, unter den damaligen Bedingungen nicht mehr an der Regierungskoalition teilzunehmen. Das war in den letzten Tagen der Vierten Republik. Als aber einen Monat später der Putsch erfolgte, traten die Sozialisten in die Regierung Pflimlin ein, die damals auch mit parlamentarischer Unterstützung der Kommunisten den faschistischen Putsch abzuwehren versuchte. Die sozialistische Regierungsbeteiligung konnte aber, wie die weiteren Ereignisse zeigten, die Vierte Republik nicht retten, denn Armee und Polizei weigerten sich, dem sozialistischen Innenminister Jules Moch und überhaupt einer "Systemregierung" zu gehorchen. Andererseits war die französische Linke uneinig und geschwächt.

Nach der Machtergreifung de Gaulles beschloß Guy Mollet - im Juni -, auf eigene Faust, in die Regierung de Gaulles als "Staatsminister" einzutreten, was von der Partei zuerst mißbilligt, dann aber von der Mehrheit nachträglich gebilligt wurde. Nach den November-Wahlen erhoben sich in der Partei, von welcher sich einstweilen die Autonomen Sozialisten mit André Philip, Depreux und Daniel Mayer getrennt hatten, wieder neue Stimmen für einen Austritt der sozialistischen Minister aus der Regierung de Gaulle. Der außerordentliche Parteitag Anfang Dezember beschloß aber, bis zur Bildung der neuen gaullistischen Regierung, die sozialistischen Minister im Amt zu belassen.

Auf diese Weise wurde die SFIO noch mit den für die arbeitende Bevölkerung verheerenden Finanzmaßnahmen belastet (Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Lohnstop). Mollet hatte gegen diese Maßnahmen wohl protestiert und Anfang Januar mit dem Rücktritt gedroht, sich aber dann wieder gefügt, als de Gaulle seinen eigenen Rücktritt in Aussicht stellte. Wieder war Angst vor dem politischen Vakuum und vor einer möglichen direkten Machtergreifung der Militärs und der Rechtenradikalen, ausschlaggebend für die Kapitulation vor dem "kleineren Übel".

Nun ist der Unwille der arbeitenden Massen aber so sehr gewachsen, daß Mollet und Thomas es doch für klüger hielten, noch vor der Bildung der neuen Regierung das Kabinett de Gaulle zu verlassen und in die Opposition zu gehen. Man wird dabei an das Sprichwort von Mohren erinnert, der seine Schuldigkeit getan hat und nun gehen kann. Die nächste Parteikonferenz der SFIO wird darüber entscheiden, ob diese neue Opposition "konstruktiv" oder "systematisch" sein soll. Die Provinzorganisationen, aber auch der Parteivorstand des Seine-Departements - Paris und Umgebung - fassen gegenwärtig Entschließungen, aus welchen hervorgeht, daß sich die SFIO zu einer entschiedenen Opposition entschließen könnte. Die neue Stimmung der französischen Bevölkerung ist von der satirischen Wochenzeitung "Le Canard Enchaîné" mit einer Anspielung auf den farnosen So%-Volksentscheid gut zusammengefaßt worden: "An den Weihnachtsmann glauben in Frankreich jetzt noch 0,80%. Das Erwachen kommt spät".

9. Januar 1959

Schatten der Vergangenheit

A.B. - Saarbrücken

In einer Zeit, in der die schwierigsten Probleme der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik dringend der Lösung harren, besteht an der Saar eine Regierungskrise. Ursache dieser Krise ist die Bildung der sogenannten "Christlichen Einheit" zwischen der CDU-Saar und der CSU/CVP. Die beiden Parteien hatten einen Terminplan für die Schaffung der Einheit vereinbart, dessen erster Teil - Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Landtag - verwirklicht ist. Jetzt soll die zweite Phase - Aufnahme der CSU/CVP in die Regierung - durchgeführt werden. Als Termin war Mitte Januar vorgesehen. Die Koalitionsverhandlungen an der Saar sind jedoch noch nicht so weit gediehen, dass die jetzige Regierung zwischen CDU, SPD und DPS zurücktreten könnte, damit eine neue Allparteienregierung an der Saar gebildet wird. Die CDU-Fraktion beschloss jedoch in ihrer letzten Sitzung, dass die von ihrem Parteivorsitzenden Egon Reinert geführte jetzige Regierung auch zurücktreten müsse, wenn die Koalitionsverhandlungen nicht abgeschlossen sind. Das bedeutet jedoch, dass das Land dann ohne Regierung sein wird.

Die Ursache der Schwierigkeiten, in die die CDU wegen der vom Kanzler so dringend gewünschten "Christlichen Einheit" gekommen ist, liegt im Verhalten des CDU-Justizministers Dr. Ney, der nicht bereit ist, dem Wunsch seiner Partei, für ein Mitglied der CSU/CVP Hofmanns sein Ministerium zu räumen, zu folgen. Wäre Dr. Ney dazu bereit gewesen, dann hätte man die Regierung ohne deren Rücktritt im gesamten umbilden können. So aber bleibt nur die Möglichkeit, dass das gesamte Kabinett zurücktritt und ohne Dr. Ney gebildet wird. Da dem auch gegen den Kanzler rebellierenden Dr. Ney jedoch ohne Zweifel Verdienste um das Zustandekommen des Ergebnisses

vom 23. Oktober zugesprochen werden müssen, gibt es an der Saar psychologische Schwierigkeiten, ihn nun ganz aus dem politischen Leben auszuschalten. Die DPS Dr. Schneiders hat erkennen lassen, dass sie kaum für eine Lösung gegen Dr. Ney zu haben sei. Auch die SPD weist darauf hin, dass man auch dann, wenn man den Blick nicht ständig in die Vergangenheit richtet, um die Spaltung in der Saarbevölkerung zwischen den Ja- und Nein-Sagern am 23. Oktober 1955 zu erhalten, schlecht einen Mann wie Dr. Ney beiseite schieben könne. Sie vertritt jedoch die Auffassung, dass das Problem "Dr. Ney" ein Problem der CDU sei, mit dem sie allein fertig werden müsse. Es berühre die SPD nur indirekt.

In der saarländischen Bevölkerung verliert man langsam jedes Verständnis für das Verhalten der CDU. Es gab in den letzten Monaten an der Saar viele wichtige Dinge, die es in Hinblick auf die wirtschaftliche Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik zu erledigen galt. Die saarländische Innenpolitik aber wurde beherrscht vom Thema "Christliche Einheit". Anstatt sich voll und ganz den Regierungsgeschäften zu widmen, verbrachten die CDU-Minister einen grossen Teil ihrer Zeit damit, sich um die "Christliche Einheit" zu sorgen, als ob es nichts Besseres zu tun gäbe.

Sollte eine Allparteienregierung an der Saar nicht zustande kommen, dann stünde noch die Möglichkeit offen, eine Regierung zwischen der CDU, CSU/CVP und der SPD zu bilden. Darüber müsste jedoch zuerst noch einmal der SPD-Parteiausschuss entscheiden, der vor einem Jahr eine solche Koalition abgelehnt hat und sich nur für eine Allparteienregierung entschied. Die Entscheidung des SPD-Parteiausschusses wird jedoch im wesentlichen davon abhängen, welchen Einfluss die CDU und die CSU/CVP der SPD in der Dreierkoalition einräumen wollen.

Wann endlich Reform der Fernsehgebühr ?

J.F.W. - In November vergangenen Jahres hat die Bundespost den 2.000.000. deutschen Fernsehteilnehmer registriert. Um von der ersten Million auf zwei Millionen anzusteigen, benötigte die Fernsehkurve nur 16 Monate. Fachleute schätzen, daß die dritte Million noch vor Ende dieses Jahres erreicht sein wird. Die deutsche Fernsehlawine überrollt damit bei weitem alle anderen Länder des Kontinents. Unsere Zuwachsraten kann sich sogar durchaus mit dem Tempo der englischen Fernsehentwicklung messen. Dieses schnelle Anwachsen der Teilnehmerzahlen ist gleichermaßen erfreulich für die Kassen der Rundfunkanstalten und der Bundespost. Zwei Millionen Teilnehmer - und etwa 100.000 sind inzwischen schon wieder hinzugekommen - bringen den Sendern im Jahr 87.500.000,-- DM, der Bundespost weitere 32.400.000,-- DM ein. Summen, die jetzt die laufenden Fernsenkosten der Rundfunkanstalten decken und ebenso für den Unterhalt und die Amortisation der posteigenen Fernsehleitungen ausreichen.

Damit ist der Zeitpunkt überfällig, endlich die finanzielle Belastung der Fernsehteilnehmer zu erleichtern. Die deutsche kombinierte Rundfunk- und Fernsehgebühr gehört zu den höchsten des Kontinents. Wir zahlen 84,-- DM im Jahr gegenüber 48,-- DM in England. An sich war vorgesehen, die Höhe der Fernsehgebühr bereits bei Erreichung der ersten Teilnehmer Million zu überprüfen. Wenn das bisher nicht geschehen ist, so kann man dies vielleicht mit den neuen Ausgaben erklären - wenn auch nicht entschuldigen -, die aus der Einführung eines zweiten Fernsehprogramms in naher Zukunft erwachsen werden.

Zwei Dinge aber sollten sofort geregelt werden: Da ist einmal der den Teilnehmern aufgezwungene Koppelungsvertrag zwischen Rundfunk- und Fernsehgebühr. In keinem anderen Lande gibt es eine Vorschrift, die den Fernsehteilnehmer zwingt, selbst dann Rundfunkgebühren zu bezahlen, wenn er überhaupt kein Hörfunkgerät besitzt. Damit beträgt die deutsche Fernsehgebühr in Wahrheit nicht 5,-- DM sondern 7,-- DM monatlich. Solche Koppelungsgeschäfte werden in der freien Wirtschaft zu Recht als moralisch unzulässig angesehen. Post und Rundfunkanstalten sollten schnellstens mit dieser bedenklichen Ausnutzung ihres Monopols Schluß machen. Nach den Erfahrungen in anderen Ländern ist nicht einmal anzunehmen, daß eine Lösung der Gebührenkoppelung viele Abmeldungen von Rundfunkgeräten bringen wird. Aber ein Quell ständiger Verärgerung der gegenüber dem einseitigen Diktat der Gebührevorschriften wehrlosen Fernsehteilnehmer könnte so verstopft werden.

Noch dringender ist eine zweite Frage: Von den Rundfunkgebühren können bis zu fünf Prozent der Teilnehmer aus sozialen Gründen befreit werden. Für das Fernsehen gibt es keine derartige allgemeine Regelung. Zwar sind in einigen wenigen Ausnahmefällen Fernsehgebühren erlassen worden. Aber die große Mehrzahl der bettlägerigen Schwerkranken und der Versehrten, denen das Fernsehen eine dankbar empfundene Ablenkung von ihrem Schicksal bringt, muß sich die hohe Fernsehgebühr absparen. Ebenso zahlen die Rentner, die Jugend- und Altersheime, die alle eine Gebührenbefreiung verdienen und sie dankbar begrüßen würden. Hier sollte wirklich nicht länger mit der Übernahme der Befreiungsvorschriften vom Rundfunk auf das Fernsehen gezögert werden. Der schnelle Anstieg der Fernsehkurve würde das Opfer, das Post und Rundfunkanstalten zu bringen hätten, schnell vergessen lassen. Das Fernsehen ist heute nicht mehr Luxus einer kleinen Spitzenschicht. Das läßt den Rundfunkintendanten und dem Postminister soziale Verpflichtungen auf, denen sie sich nicht länger entziehen dürfen.

+ + +

Gesteigerte Aktivität der Arbeiterwohlfahrt

Dem Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt liegt nunmehr ein vollständiger Tätigkeitsbericht der Organisation für das Jahr 1957 vor. Daraus ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der Ortsausschüsse gegenüber dem Jahre 1956 um 45 erhöht hat, die der Stützpunkte (Orte, in denen noch keine Organisation gegründet werden konnte) um 675 und die der Kreisausschüsse um 121. Die Zahl der Mitglieder stieg um 20 000 gegenüber 1956. Der Ertrag aus Landesversammlungen im Jahre 1957 stieg das erste Mal über 3 Millionen DM.

Aus der Übersicht über die von der Arbeiterwohlfahrt beschäftigten Kräfte geht hervor, daß die Arbeiterwohlfahrt im Jahre 1957 weitere 300 zusätzliche Kräfte angestellt hat (davon über 100 soziale Fachkräfte). Die Arbeiterwohlfahrt beschäftigte im Jahre 1957 über 200 Hauspflegerinnen mehr als im Jahre 1956 und steigerte die Zahl der von den Hauspflegerinnen der Arbeiterwohlfahrt betreuten Familien von 5 000 auf 16 500.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler